

Gewalt am Denken

Mark Terkessidis

Gewalt am Denken

Wann beginnt Faschismus?



Matthes & Seitz Berlin

Inhalt

Einleitung	7
Regierungsform Farce	19
Ein neuer Kompromiss	27
Die Reaktion und das politische Kontinuum	35
Aus den 1990ern aufwachen	39
Die nächste Reaktion	50
Die Haltung der gefährdeten Gemeinschaft	56
Das Bedürfnis nach Trauma	62
Der Staat für die gefährdete Gemeinschaft	66
Die Kunst der Denunziation	74
Die Haltung der Performativität	78
Die denunzierende Wissenschaft	82
Performativer Journalismus	89
Mentale Inflation	98
Die Typologie der neuen Schlafwandler	103
Die Versuchung des Führers	114
Wir müssen was gegen rechts machen?	117
Danksagung	131
Anmerkungen	133

Einleitung

Vor fünfzig Jahren war der Vorwurf des Faschismus allgegenwärtig. Während die progressive Welle der 1960er-Jahre immer weiter zurückrollte, bezeichneten ehemalige und noch aktive Linke alles und jedes als Faschismus. Die Regierung war faschistisch, das Militär sowieso, das Bildungssystem, das autoritäre Gehabe des medizinischen Personals, die unterdrückerische Sexualmoral, die eigenen Eltern, die spießige Nachbarschaft. Pier Paolo Pasolini erklärte kurzerhand die Konsumgesellschaft zum neuen Faschismus.¹ Wenn etwas nicht direkt faschistisch war, dann war es zumindest auf dem Weg in den nächsten Faschismus. In seiner Antrittsvorlesung am Collège de France meinte der berühmte Literaturwissenschaftler Roland Barthes, die Sprache selbst, die Grundlage jeder Äußerung, sei »ganz einfach faschistisch«.²

Angesichts der persönlichen Freiheitsgewinne der folgenden Jahrzehnte wurde die einstige Allgegenwärtigkeit des Faschismusvorwurfs zunehmend belächelt: Ja, damals haben wir es etwas übertrieben. Und daran kann kein Zweifel bestehen. Dennoch, im Lichte der gegenwärtigen Entwicklungen erscheint die Rede von Faschismus vielleicht weniger abwegig als gedacht. Die gesellschaftliche Lockerung, die demokratischen Aufbrüche und die vielen Protestbewegungen der letzten fünfzig Jahre haben nicht dazu geführt, dass die faschistische Versuchung im Innern des kapitalistisch-parlamentarischen Systems beseitigt wurde.

Zuletzt zieht sich das Netz autoritärer Regierungen und Bewegungen immer weiter zu. Von den USA über die Russische Föderation, Ungarn, Italien, Rumänien bis nach Frankreich.

Bislang hat keine dieser Bewegungen oder Regierungen zur Abschaffung von Wahlen aufgerufen. Im Januar 2021 jedoch bezweifelte der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Präsident Donald Trump die Legitimität der Wahlergebnisse. Er behauptete, die Demokraten, Big Tech und die Medien hätten ihm den Sieg gestohlen. Trump konnte sich nichts anderes vorstellen als einen »Erdrutsch« zu seinen Gunsten. Seine Aussage, dass »wir das Land nicht mit Schwäche zurückbekommen«, mündete im Anschluss an seine Rede in die Erstürmung des Parlamentsgebäudes der Vereinigten Staaten durch sein Gefolge.

Erstaunlicherweise behaupten viele der autoritären Regierungen und Bewegungen, sie befänden sich im Kampf gegen den Faschismus. Die Regierung der Russischen Föderation etwa vermutet den Faschismus in Kiew. Auch ansonsten ist der Begriff zurück im politischen Geschehen. Viele der sogenannten Querdenker in Deutschland hielten die Corona-Maßnahmen für faschistisch. Anti-»woke«-Aktivisten engagieren sich gegen den angeblichen Trans- oder Queerfaschismus. Der Vorwurf des Faschismus ist wieder allgegenwärtig, aber im Unterschied zu den 1970er-Jahren gibt es deutlich weniger Personen, die mit dem historischen Faschismus in Verbindung stehen oder diesen direkt vertreten oder relativieren. Faschismus ist mittlerweile fast immer etwas, das die anderen tun und wogegen man sich verteidigen muss.

In dieser Hinsicht lohnt es sich, Roland Barthes' Rede aus dem Jahr 1977 noch einmal genauer zu lesen. Darin erklärte er nämlich, Faschismus heiße nicht »am Sagen

hindern«, sondern »zum Sagen zwingen«. Und er erläuterte, dass der »Diskurs der Macht« ein Diskurs sei, »der Schuld erzeugt und infolgedessen Schuldgefühle bei dem, der ihn aufnimmt«. ³ Und tatsächlich scheint es ein Zeichen der aktuellen Zeit zu sein, unentwegt mit Schuldgefühlen konfrontiert und zum Sagen regelrecht gezwungen zu werden. Wenn ich mich nicht komplett vor der Öffentlichkeit und privaten Gesprächen über Politik in Sicherheit bringe, dann werde ich quasi unentwegt zu irgendetwas aufgefordert: mich zu empören oder gerade nicht zu empören, eine Debatte zu führen oder sie zu ignorieren, ein Thema auf die Tagesordnung zu setzen oder eben nicht, bestimmte Wörter zu benutzen oder nicht zu benutzen, Anteilnahme mit dieser oder mit jener Gruppe zu zeigen, bestimmte Maßnahmen durchzusetzen oder sie gerade abzulehnen, bestimmte Verkehrsmittel zu benutzen oder nicht zu benutzen. In diesem Sinne erscheint es vielleicht weniger relevant, diese oder jene Angelegenheit als faschistisch zu bezeichnen, sondern so etwas wie die Zeit des Faschismus zu betrachten, also den historischen Moment, in dem die Voraussetzungen für Faschismus (wieder) gegeben sind.

Wie gesagt, bereits in den 1970er-Jahren schien für viele die Zeit des Faschismus wieder angebrochen zu sein. Aus den Erfahrungen im damaligen Großbritannien wurde ein Konzept entwickelt, das zuletzt wieder Anklang gefunden hat: autoritärer Populismus. ⁴ Die Regierung inszenierte »Moralpaniken« – vor allem über Kriminalität und Migration. Obwohl die Wahrscheinlichkeit, zu einem Opfer von Straßenkriminalität zu werden, damals nicht hoch war, wurde »mugging« (Raubüberfall) zu einem Riesenthema, wobei die Gefahr insbesondere von den »Fremden« auszugehen schien. Das Thema hatte etwas Handfestes – es kann mir jederzeit passieren – und zugleich ließ sich daran eine

größere Krise erzählen: Die Krise »unserer« Städte, »unserer« Sicherheit, »unserer« Werte, ja der ganzen Zivilisation. Dieser Ausnahmezustand verlangte nach der Restauration einer Ordnung, die angeblich irgendwann geherrscht hatte, und rechtfertigte alle möglichen autoritären Maßnahmen. Wichtiger Bestandteil dieses autoritären Populismus war das Zusammenspiel zwischen Politik und Medien, das damals noch ausschließlich in der klassischen Version stattfand. Das Verhältnis war zirkulär: Hatte die Politik ein Thema definiert, trieb die dramatische Berichterstattung wiederum die Regierung vor sich her mit der Forderung, endlich Maßnahmen zu ergreifen. Die ganze »Debatte« peitschte die Emotionen hoch; unbeteiligt konnten nur Personen sein, die sich von dem ganzen Theater abwandten, was gar nicht so einfach war. Ab 1979 war es die Regierung von Margaret Thatcher, die diese Regierungsform nachgerade perfektionierte. Thatcher appellierte unentwegt an Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung, wobei sie diese Unsicherheiten gleichzeitig selbst produzierte.

Mit irgendwelchen Fakten hatten diese »Moralpaniken« wenig zu tun. Die Zahlen gaben keinen Anlass für Panik, und an den eigentlichen Problemen, die es zweifellos gab, wurde konsequent vorbeigeredet. Es war nicht Thatchers Absicht, die Strukturkrise der britischen Wirtschaft zu analysieren und mit den Unsicherheitsgefühlen der Bevölkerung in Verbindung zu bringen. Im Gegenteil, sie lehnte jeden Verweis auf so etwas wie Gesellschaft ab. Wir hätten uns zu sehr daran gewöhnt, dass die Regierung unsere Probleme lösen würde, erklärte Thatcher: »Ich bin obdachlos und die Regierung muss mich unterbringen.« Und so geben sie ihre Probleme an die Gesellschaft ab, und wer ist diese Gesellschaft? So etwas gibt es nicht. Es gibt nur individuelle Männer und Frauen.«⁵ Dass die Zustände in der Welt, dass

Ungleichheit, der Reichtum des Westens, Migration und auch Kriminalität etwas mit der Art und Weise zu tun haben, wie Gesellschaft organisiert ist, das ist eines der Hauptargumente der Linken. Thatcher plädierte letztlich nicht für die Abschaffung der Gesellschaft, sondern für ihre Abwesenheit: Alle Personen sollen für sich selbst verantwortlich sein – das Credo des sogenannten Neoliberalismus.

Dass die Beschreibung des autoritären Populismus ziemlich aktuell erscheint, liegt auf der Hand. In den letzten Jahrzehnten lauerte im Westen die nächste »Moralpanik« gleich um die Ecke: Immer gibt es Leute, die angeblich auf Kosten von »uns« allen leben, immer aufs Neue werden die Grenzen der »Integrationsfähigkeit« überschritten, immer scheint die Kriminalität zu steigen. Allerdings gibt es tatsächlich eine Krise nach der anderen: die Finanzkrise, die Eurokrise, die »Flüchtlingskrise«, die Pandemie, der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine. Wie sehr sich die von Thatcher beschworene Abwesenheit der Gesellschaft durchgesetzt hat, zeigt sich daran, wie wenig diese Krisen eine Vorgeschichte zu haben scheinen. Die unbearbeiteten und drängenden Probleme, die zu den jeweiligen Krisen geführt haben, werden ebenso ignoriert wie die Tatsache, dass sie bei guter Vorsorge hätten verhindert werden können. So erscheinen Krisen einfach als Naturkatastrophen. Sie brechen über »uns« herein, und die Regierung kann als unsere Beschützerin auftreten und auf den Ausnahmezustand mit mehr oder weniger autoritären Maßnahmen reagieren. Grundsätzliche Probleme der Organisation von Gesellschaft bleiben außen vor. Zugleich hat diese Art des Regierens die sogenannten populistischen Bewegungen befördert, die den autoritären Populismus radikalieren. Mit Berufung auf Unsicherheitsgefühle können alle möglichen Akteure ihre Ansprüche vorbringen. Und während populistische Initia-

tiven, Parteien, Publikationsorgane oder auch Regierungen noch mehr autoritäre Maßnahmen einfordern, halten sie sich für die wahre Verkörperung der Demokratie, weil sie angeblich im Namen der tatsächlichen Ängste und echten Interessen der Menschen sprechen.

Wenn der autoritäre Populismus das Regierungs- und Politikschema der letzten Jahrzehnte war, warum sollte es sich jetzt lohnen, über Faschismus zu sprechen? Wir hätten doch bereits einen Begriff dafür. Ich denke aber, dass in den letzten fünfzehn Jahren eine Verschiebung beobachtet werden kann, die die Frage nach dem Faschismus sinnvoll erscheinen lässt. In seinem Buch *Desaster Nationalism* bezeichnet Richard Seymour die neuen populistischen Führungsfiguren als Pfadfinder eines Faschismus, dessen neue Form wir noch gar nicht benennen können.⁶ In diesem Sinne geht es weniger darum, dass der Faschismus schon eingetreten wäre, sondern um eine Situation, in der Faschismus denkbar wird, weil sich eine Reihe von Voraussetzungen beobachten lassen. Faschismus, so meinte Georges Bataille, basiere auf einem vorhandenen revolutionären »Überschuss«. Dieser ergebe sich nicht zuletzt aus einem Verlust von Homogenität, den die Bewegung durch die Neuerfindung von (staatlicher) Souveränität in den Griff zu bekommen versuche.⁷ Aber was ist eigentlich Faschismus? An einer exakten Definition haben sich bereits Generationen von Forschenden die Zähne ausgebissen. Einige Elemente finden sich jedoch in fast allen Arbeiten. Für meinen Zweck genügt eine Arbeitsdefinition. Ein politisches Phänomen ist dann als Faschismus einzustufen, wenn folgende Elemente zusammenkommen:

1. Ein organisch verstandener Ultrationalismus. Gewöhnlich wird der Schwerpunkt darauf gelegt, dass dieser Nationalismus eine Wieder- oder Neugeburt anstrebt,⁸ aber ich möchte einen anderen Aspekt in den Vordergrund rücken: die Bedrohung. Alle faschistischen Bewegungen basieren auf der Wahrnehmung, die »Rasse«, die Nation, das »Eigene« seien durch wie auch immer konstruierte Verschwörungen, von außen und innen wirkende »fremde« Ansprüche und demografische Probleme gefährdet. Die Nation muss also gerettet werden. Dieses Gefühl der Bedrohung hat eine große Aktualität.
2. Glaube an Souveränität. Der »radikale Etatismus«⁹ in den faschistischen Bewegungen ist Ausdruck des Glaubens an die Handlungsfähigkeit der überindividuellen Persönlichkeit, der Gemeinschaft, verkörpert vom Staat, der wiederum von den Individuen Eingliederung verlangt. Unentwegt hervorgehoben wird die Fähigkeit zur Tat, gegen das Nachdenken und Reden – egal welche Tat, Hauptsache ein souveräner Akt.
3. Das Führerprinzip. Die Demokratie an sich wird nicht abgelehnt, sondern nur die parlamentarische Form, bei der durch bloßes Zählen eine Mehrheit ermittelt wird (Wahlen). In der wahren Demokratie soll der Führer das Volk repräsentieren, das ihm durch Gehorsam zustimmt.
4. Die Freiheit von Widerspruch. Faschistische Bewegungen lehnen Rationalität, Argumente, Diskussionen ab. Auf der Ebene der Weltanschauung können sie alle möglichen Ideen integrieren, der Synkretismus ist ein Prinzip. Um die jeweilige Tat zu tun, darf dem Führer oder der Bewegung nicht widersprochen werden, Einwände gelten als Verrat am Volk.

5. Paramilitärische Gewalt. Die faschistischen Bewegungen unterhalten ihre eigenen Streitkräfte, schon bevor sie an die Macht kommen. Das entspricht der Idee, das wahre Volk zu verkörpern und dessen Interessen mit allen Mitteln durchzusetzen.

Nach dieser Beschreibung dürfte klar sein, dass die Punkte 3 und 5 derzeit zumindest nicht im großen Maßstab zu beobachten sind.¹⁰ Alle anderen Punkte – darum wird es in diesem Text gehen – lassen sich im politischen Feld auffinden, und zwar keineswegs immer nur bei denjenigen, denen ohnehin eine Nähe zum Faschismus unterstellt wird. Wie ein zukünftiger Faschismus aussehen wird, das soll (und kann) hier nicht prophezeit werden. Es ist regelrecht banal, darauf hinzuweisen, dass Faschismus nicht in den Versionen der 1920er- und 1930er-Jahre zurückkehren wird, die damals auch keineswegs einheitlich waren. Der »Überschuss« allerdings ist regelrecht spürbar. In den 1970er-Jahren haben Gilles Deleuze und Félix Guattari beschrieben, dass der Faschismus nicht ausreichend durch die Idee des totalitären Staates charakterisiert werden kann, sondern auch aus einem »molekularen Regime« besteht, das sich aus einer Reihe von »Unruheherden« speist, »die von einem Punkt zum nächsten springen«: »Jeder Faschismus wird durch ein schwarzes Mikro-Loch definiert, das für sich selber steht und mit den anderen kommuniziert, bevor es in einem allgemeinen zentralen schwarzen Loch Widerhall findet. Faschismus gibt es dann, wenn in jedem Loch, in jeder Nische eine Kriegsmaschine installiert wird.«¹¹ Die Bezeichnung Kriegsmaschine ist bei Deleuze/Guattari nicht an den Krieg gekoppelt, sondern damit beschreiben sie eine Art individualistische Energie, die sich gerade gegen das Organisationsprinzip des (herrschenden)

Staates richtet. Sie zeigt sich historisch etwa im Führungsstil von Kriegerpersönlichkeiten, sogenannten »Warlords«, oder in der Art, wie manche nomadische Gesellschaften durch ständige Mobilisierung für Zusammenhalt sorgen.

Was die heutige Zeit so aufwühlend macht, ist eben diese Verbreitung von Unruheherden, die sich nicht nur auf der Ebene der »großen« Politik abspielt, also in »Moralpaniken«, sondern sich auch in den privaten Bereich erstreckt. Im Grunde kann jedes Gespräch über Politik mit Höchstgeschwindigkeit zum Fiasko werden. Seien es Rassismus oder Queerfeindlichkeit, seien es die Corona-Maßnahmen oder der Konflikt Palästina/Israel: Die Diskussionen werden mit einer solchen moralischen Wucht geführt, dass die jeweiligen Kontrahenten nicht mehr als Gegenüber erscheinen, sondern als Personen, die, wie es bei Roland Barthes heißt, zum Sagen gezwungen werden müssen. Mit den moralischen Kriegsmaschinen konfrontiert, bleibt einem nur noch, sich zu unterwerfen oder zu schweigen. Wissen dient dabei weder der Erkenntnis noch der Argumentation, sondern wird – wenn es überhaupt eine Rolle spielt im moralischen Furor – quasi taktisch eingesetzt, um die bereits feststehenden Auffassungen zu untermalen.

Ein besonders schönes Thema ist das sicher nicht. Noch vor wenigen Jahren unterhielt ich mich mit einem befreundeten Kollegen über die Aufregung in unserem Bekanntenkreis angesichts der ersten Erfolge der »Alternative für Deutschland«. Soziologisch war dieser Erfolg zu erwarten gewesen, denn die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hatte ihre Partei in die sogenannte Mitte geführt und dabei nicht mehr das getan, was alle Vorsitzenden vor ihr regelmäßig getan hatten: Sie hatte den rechten Rand der Bundesrepublik nicht durch ein paar kernige rassistische Sprüche ins konserva-

tive Spektrum integriert. An diesem Rand war nun Platz, zudem bediente die »Alternative« auch Unzufriedenheit in anderen Milieus. Uns erschien das nicht Grund genug, eine Phase der Faschisierung auszurufen.

Dass sich meine Meinung dazu geändert hat, ist sicher kein Grund zur Freude. Tatsächlich habe ich 1995 schon einmal ein Buch über Faschismus geschrieben,¹² wobei ich damals vor dem Begriff eher zurückgeschreckt wäre. Es war ein Buch über die sogenannte Neue Rechte, die heute oft als Vorläufer und Stichwortgeber der sogenannten populistischen Parteien betrachtet wird. Die Gefahr, die Anfang der 1990er-Jahre vom neuen Nationalismus, rassistischen Pogromen und neurechten Zirkeln ausging, schien danach allerdings gebannt. Das Jahrzehnt endete in der Bundesrepublik mit einer einschneidenden institutionellen Veränderung, nämlich der ersten Erneuerung des Staatsangehörigkeitsrechts seit 1913. Dadurch wurde formal ein demokratisches Gemeinwesen begründet, in dem die bürgerlichen Rechte nicht mehr an die Herkunft gebunden waren. Es gab auch weitere Öffnungsprozesse in der Gesetzgebung, etwa im Hinblick auf Antidiskriminierung, Behindertenrechte oder die Erweiterung der klassischen Ehe. Ich habe versucht, diese Prozesse mit Vorschlägen wie »Interkultur« und »Kollaboration« zu begleiten.¹³

Während nun manche empört behaupten, die Veränderungen in Sachen Diversität seien zu weit gegangen, gingen die Reformen tatsächlich zäh und wenig substanziell voran. Die Bilanz ist mehr als ernüchternd. Das zeigt etwa ein Blick auf das Thema Inklusion. Die Öffnung der Schulen für Kinder mit Behinderungen wurde von oben angeordnet – ohne wirkliche Vorbereitung, ohne entsprechende finanzielle Unterstützung, ohne die notwendige Verbreitung von Know-how, ohne echte Ermittlung dessen, was Schulen

und Klassenverbände für den Prozess wirklich benötigten. Zugleich wurden die Förderschulen (ehemals »Sonderschulen«) nicht in den normalen Schulbetrieb integriert. Entstanden ist ein unübersichtlicher Flickenteppich von Maßnahmen, der überall zu Diskussionen, Beschwerden und Ängsten führt, was auch keineswegs verwunderlich ist.

Zuletzt war klar, dass das konsequente Reformprojekt, das einer Gesellschaft der Vielheit¹⁴ gerecht werden würde, ganz einfach ausbleibt. Die Zukunft ist wieder einmal nicht gekommen. Diese Reformmisere sorgt dafür, dass spätestens seit der Pandemie die Welle rückwärts rollt. Das ist eine unerfreuliche Bilanz für eine Person Ende fünfzig. Schon gar nicht hätte ich erwartet, dass ich nun (wieder) über Faschismus schreiben muss. Dieser Text betreibt eine Art Exorzismus. Denn natürlich stelle ich fest, dass ich mit der Reformperspektive auch den roten Faden meiner Arbeit verloren habe. Die derzeitige Lage ist nicht leicht zu beschreiben. Zudem hatte ich zeitweise keine Lust mehr, mich an den allgegenwärtigen Überbietungen zu beteiligen – Schweigen und Verschwinden schienen mir zunehmend eine reale Alternative. Insofern will ich gar nicht ausschließen, dass ich selbst ein »schwarzes Mikro-Loch« bin. Bin ich nicht manchmal bohrend unzufrieden, oftmals unversöhnlich wütend, fühle ich mich nicht auch zu wenig gehört und respektiert? Habe ich nicht in den letzten Jahrzehnten nur sporadisch gewählt und fühle mich politisch nirgendwo vertreten? Denke ich nicht auch bisweilen, dass die einfachen Leute zu kurz kommen? Oder dass ich das öffentliche Gelaber nicht mehr ertragen kann? Mehr noch, dass ich gerne jemanden hätte, der auf den Tisch haut, etwas klar entscheidet und zu seinen Entscheidungen steht? Alle Bücher, Aufsätze und Artikel, die ich zur Aktualität des Faschismus gelesen habe, oder auch die jüngeren Konzepte

von »Postfaschismus« oder »Spätfaschismus«¹⁵ gehen davon aus, dass Faschismus immer die anderen befällt. Aber was die heutige Situation so angsteinflößend macht, ist die Tatsache, dass wir die Symptome bei uns selbst beobachten können.

Dieses Büchlein ist keine wissenschaftliche Abhandlung, nur ein – wie es im Englischen treffend heißt – »think piece« zum Thema. Warum es *Gewalt am Denken* heißt,¹⁶ erhellt sich beim Lesen, so denke ich, von selbst.

Regierungsform Farce

Noch vor dem Ende von Koalitionsverhandlungen beschließen die Parteien genau das, was sie im Wahlkampf noch vehement abgelehnt haben. Personen, die dem Gemeinwesen objektiv geschadet haben, werden mit Ministerposten belohnt. Gesetze werden mit Hochgeschwindigkeit verabschiedet, weil bestimmte Themen gerade *en vogue* sind. Die Texte dieser Gesetze sind unausgegoren und niemand hat über die Folgen nachgedacht. Das Kalkulieren der Konsequenzen von Handlungen ist ohnehin erstaunlich abwesend, ebenso wie das Bedenken von prophylaktischen Maßnahmen. Politische Krisen erscheinen wie Elementarereignisse. Wo gestern noch kein Geld da war, verteilt man es in der jeweiligen Krise mit vollen Händen. Themen, für die sich zuvor niemand interessiert hat, werden aus Opportunismus zu Gegenständen von endlosen Debatten. Fingerspitzengefühl im Dialog erscheint antiquiert; die Aufmerksamkeit, die der schnelle Post sichert, ist relevanter als sein Inhalt. Staatsoberhäupter sind teilweise so unfähig, dass sie nur wenige Monate im Amt bleiben, oder so besessen von sich selbst, dass sie vom Amt gar nicht mehr lassen wollen. Präsidenten verkünden Zölle, um sie Tage später wieder auf Eis zu legen. Kurz bevor sie die Zölle zurücknehmen, empfehlen sie auf ihren Kanälen in Großbuchstaben den Kauf von Aktien. Die Korruption, sei sie materiell oder moralisch, hat dramatisch zugenommen, seitdem die Demokratie nach dem Ende des real existierenden Sozialismus

zum Gipfel der menschlichen Entwicklung erklärt wurde. Nationale Politik ist eine Farce.

Die traditionelle Idee von Politik als einem Vorgang, in dem die Angelegenheiten des Gemeinwesens, also der Polis, geregelt werden, findet sich heute primär auf der kommunalen Ebene. Von unten wird die Gesellschaft zusammengehalten, von einem Personal, das sehr nah dran ist an den Problemen der Menschen vor Ort und seine Aufgabe eher als pragmatisches Management versteht. In den Kommunen wird keine visionäre Politik betrieben, keine Politik, die an den Grundfesten der Gesellschaft rüttelt oder die Demokratie weiter demokratisieren will, nicht einmal eine Politik der Reform. Hier wird einfach das Notwendige getan, um den Betrieb am Laufen zu halten – in einer Situation, in der eine Krise die andere jagt und die übergeordneten politischen Ebenen das Leben oftmals nicht leichter, sondern schwerer machen: Je weiter oben die Entscheidungen getroffen werden, desto mehr schielen sie auf mediale Zustimmung oder den nächsten Wahlkampf und denken nicht genug über die Folgen der eigenen Entscheidungen nach.

Es entsteht der unschöne Eindruck, einem Schauspiel des Zerfalls beizuwohnen. Schon 1993 sprach Cornelius Castoriadis in einem Interview von einer »Phase der Zersetzung«, von der »Baufälligkeit des Westens«. ¹⁷ Das betraf nicht nur die Regierung und die Gesetzgebung, sondern alle Institutionen, Organisationen und Einrichtungen. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg prägten Familie, Schule, Militär, Fabrik oder Büro das Verhalten. In diesen Institutionen, die Michel Foucault als Einschließungsmilieus bezeichnet hat, wurden die Menschen zur Disziplin angehalten, Abweichungen wurden sanktioniert. Diese Institutionen sind auch heute noch zentral, aber eben baufällig. Das bedeutet, dass sie ständig repariert und teilweise auch saniert werden

müssen, was wiederum viele Diskussionen darüber auslöst, wie genau das ausgeführt werden soll. Die Baufälligkeit zeigt sich zudem darin, dass sie schwach und wackelig wirken und wenig Halt geben. So gilt die Ehe zwar weiterhin als die zentrale Institution für das Zusammenleben von Familien, aber nur noch die Hälfte der Bevölkerung lebt im Stand der Ehe. Die Familie soll die intergenerationelle Weitergabe von Wissen und Werten sichern, nur weiß niemand mehr genau, was eigentlich tradiert werden soll. Die Schule gilt weiterhin als Haupteinrichtung für den Erwerb von unabdingbaren Wissensbeständen, aber auch hier ist überhaupt nicht mehr klar, was eigentlich gewusst werden muss oder soll. Es gibt zwar schulische und berufliche Abschlüsse, aber es ist unklar, womit man eigentlich fertig geworden ist. Immer beginnt die nächste Lernperiode im nächsten Prozess der Veränderung – im Grunde verharren Personen in einer Art permanenter Pubertät.

Die Konservativen haben für diese Entwicklung »1968« verantwortlich gemacht. Es sei die Revolte der verrückten Studierenden gewesen, zumal die sogenannte Kulturrevolution, die für die folgende Zersetzung gesorgt habe. Das Prinzip der Autorität in den Institutionen Familie und Schule habe nach »68« nicht mehr funktioniert; die Pflichterfüllung gegenüber der Gemeinschaft sei zugunsten von ichbezogenem Hedonismus über Bord gegangen und das nationale kulturelle Erbe auf der Müllkippe gelandet. Allerdings ereignen sich Ausbrüche wie »1968«, wenn sich die Institutionen bereits in der Krise befinden. Es handelte sich um eine Aufforderung, das institutionelle Gefüge den sich verändernden Verhältnissen anzupassen. Auf die Revolte folgte eine Zeit des endlosen Experimentierens. Neue Arten des Zusammenlebens und -arbeitens wurden praktiziert, neue Arten, mit der Natur schonend umzugehen. Es wurden

neue Erziehungsmethoden und neue Formen des Lernens ausprobiert, neue kulturelle Möglichkeiten erschlossen. Allerdings haben sich diese Experimente nie zu einem groß angelegten Reformprojekt verdichtet. Der Zweifel an den pädagogischen Modellen hat eben nicht dafür gesorgt, dass die Eltern neue Leitideen erhielten oder die Schulen konsequent modernisiert wurden. Hinzu kam die schlichte Beharrungskraft des Herkömmlichen. Und es gab starke Kräfte, die auf Restauration pochten und Veränderungen bekämpften oder gar rückgängig machten. Im Ergebnis existiert heute ein Flickenteppich aus Altem und Neuem, aus unhinterfragten Routinen und halben Innovationen – ein seltsamer Zwischenzustand, in dem es in keine Richtung wirklich vorangeht.

Die Institutionen vor »1968« haben keine Glorifizierung verdient, aber zusammen mit einer stabilen (wenn auch durchaus autoritär agierenden) Bürokratie sicherten sie die sogenannte Normalität. Das ruhige Dahinfließen der Zeit in berechenbaren Routinen war eine Errungenschaft der bürgerlichen Gesellschaft, die es zugleich geschafft hatte, einem beträchtlichen Teil der Menschen ein Auskommen zu sichern und die Befriedigung von Grundbedürfnissen auf Dauer zu stellen. Die heutige Baufälligkeit sorgt nun jedoch dafür, dass diese Normalität wieder zum Privileg geworden ist. Auf breiter Ebene ist das vorhersagbare Alltagsleben nicht mehr selbstverständlich. Es ist nicht mehr klar, welches Verhalten wo angemessen ist, und welches Verhalten vom Gegenüber erwartet werden kann. Das Vertrauen in Regierung, Behörden, Wissenschaft oder Medien ist nicht mehr da. Oftmals erscheint nicht einmal die eigene Nachbarschaft noch vertraut. Die globalen Krisen wirken sich buchstäblich darauf aus, ob man noch aus dem Haus gehen kann (Pandemie). Die Verfügbarkeit der notwendigen

»Lebensmittel« wird unsicher, so wie bezahlbarer Wohnraum oder bezahlbare Energie. Selbst die nahe Zukunft erscheint nicht mehr vorhersehbar.

In dieser Entnormalisierung sollten bürokratische Prozesse eigentlich stützend wirken. Doch die Bürokratie, die sich gemäß den Maximen des Neoliberalismus hätte zurückziehen sollen, hat eine andere Präsenz gewonnen. Sie regiert weniger durch direkte Machtausübung, sondern durch ein überbordendes System von Kontrollen: ausufernde Abrechnungs- und Berichtsmodalitäten, die Anforderung von Nachweisen, Evaluationen etc. Dabei trägt die Bürokratie oftmals zu weiterer Verunsicherung bei. Es ist nichts Neues, dass behördliche Vorgänge einen absurden Charakter haben können. Neu ist, dass ständig Paradoxien kreiert werden. Wahrscheinlich können viele Menschen vergleichbare Geschichten erzählen wie jene, die man zuletzt in Berlin erleben durfte: Zieht man innerhalb der Stadt um, ist man verpflichtet, diesen Umzug binnen zwei Wochen den Behörden zu melden. Um diese Meldung zu machen, benötigt man einen persönlichen Termin. Ein solcher Termin war in den letzten Jahren aber frühestens in drei Monaten zu haben, was bedeutete, dass die Behörden Verstöße gegen das Bundesmeldegesetz regelrecht organisierten. Es gibt international sicher Unterschiede, auch zwischen Kommunen. Doch lässt sich überall beobachten, wie ein starres Festhalten an den eigenen Rhythmen und Routinen in stark veränderten Situationen für die Leute Probleme schafft. Zustände der Überforderung – etwa durch ständig neue Verordnungen oder durch Personalmangel – werden auf die Individuen abgewälzt, weil die Behörden zugleich autoritäre Forderungen stellen. Da das Verhalten der Bevölkerung allerdings auch schwer berechenbar ist, werden immer neue Kontrollen für alle eingeführt.

Erste Auflage Berlin 2026
© 2026 MSB Matthes & Seitz Berlin
Verlagsgesellschaft mbH
Großbeerenstraße 57A, 10965 Berlin, Deutschland
info@matthes-seitz-berlin.de

Alle Rechte vorbehalten,
insbesondere die Nutzung des Werks für
Text- und Data-Mining im Sinne von
§ 44b UrhG.

Umschlaggestaltung: Dirk Lebahn, Berlin
Satz: Monika Grucza-Nápoles, Cartagena
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck,
Deutschland
Printed in Germany

ISBN 978-3-7518-2113-1

www.matthes-seitz-berlin.de